

Fremde Beiträge und Kommentare aus sozialen Netzwerken und anderen Quellen

INTERESSANTE BEITRÄGE UND KOMMENTARE

HELDS AUSBLICK 1-2019

Wie man eine Industrienation zugrunde richtet

VON GERD HELD

Fr, 1. Februar 2019

Mit der „Verkehrswende“ gegen das Automobil und der „Energiewende“ gegen Kern- und Kohlekraftwerke wird Deutschland – nach der Migrationskrise – in eine zweite Existenzkrise gestürzt.

Das Jahr 2019 beginnt, wie das Jahr 2018 zu Ende gegangen ist. Schritt für Schritt zeigt sich ein Krisenkomplex, der in seiner Größe und Wirkung mindestens so einschneidend für die Errungenschaften Deutschlands ist wie die Migrationskrise.

Es geht dabei nicht um bestimmte Branchen mit ihren Sonderproblemen, sondern um die Identität einer Industrienation überhaupt mit ihrer spezifischen Arbeitsweise und Wertschöpfung, auch mit ihren Leidenschaften und ihrer Fähigkeit, Belastungen zu ertragen. Das wird an dem Doppelangriff deutlich, dem gegenwärtig gleich zwei grundlegende Industriesektoren ausgesetzt sind:

Im Verkehrsbereich wird das Grundelement „Automobil“ (sowohl als Diesel als auch als Benzin) angegriffen, im Energiebereich werden die großen Kraftwerke (sowohl die Kernkraftwerke als auch die Kohlekraftwerke) als stabile Träger der Grundlast-Versorgung angegriffen, ohne dass vergleichbar leistungsfähige Ersatzträger zur Verfügung stehen.

Das ganze Ausmaß des Krisenkomplexes ist erst im Laufe der vergangenen Monate und Wochen deutlich geworden. Bislang konnte es noch so erscheinen, als handele es sich um sehr begrenzte Eingriffe, die einzelne, besondere Technologien betrafen (die Kernenergie, den Diesel), doch jetzt ist klar, dass sich vor unseren Augen eine viel umfangreiche Delegitimierung der Industrie vollzieht. Nun sollen auch die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, die in Deutschland ungefähr 40 Prozent der Versorgung tragen.

Und nun soll bei den Automobilen auch die Nutzung von Benzinmotoren drastisch eingeschränkt werden – die Motoren, die im vergangenen Sommer zum Höhepunkt der „Dieselkrise“ den Bürgern als Ausweg dargestellt wurden. Und dieser Generalangriff auf das Automobil als Massenverkehrsmittel wird in der bürokratisch-neutralen Verkleidung von Grenzwerten vorgetragen, die als bloßes Detail erscheinen und es dadurch ermöglichen, die verheerenden Folgen dieser Werte für ein bezahlbares Autofahren der Autoindustrie in die Schuhe zu schieben.

Die diskrete Diktatur der Grenzwerte (I) – Damit wird erst jetzt wirklich deutlich, dass die Industriepolitik, die hier getrieben wird, eine fundamentalistische Politik ist, die wirklich an die Substanz der Industrienation Deutschland geht und sie in eine existenzielle Krise stürzt – denn sie hat keinen Ersatz zur Hand, der er nur annähernd die Leistungen der abgeschalteten Verkehrs- und Energieträger erbringen könnte.

Aber diese fundamentalistische Industriepolitik fragt gar nicht ernsthaft nach einem Ersatz. Sie übernimmt diese Verantwortung für die Zukunft des Landes gar nicht. Ihr genügt der Hinweis auf „Höheres“. Das soll zum Beispiel „das Weltklima“ sein, genauer: eine bestimmte Gradzahl bei der Durchschnittstemperatur auf der Erde, jenseits derer angeblich die „Unbewohnbarkeit des Planeten“ droht.

Oder eine bestimmte Konzentration von Stickoxyden oder Kleinstpartikeln (Feinstaub), die angeblich zu einer Luft führt, die „krank macht“ oder gar „zum Tode führt“.

Es sind vage, grenzenlose Worte, mit denen man Grenzwerte, die bis ins Kleinste definiert sind, legitimieren will. Diese scheinhafte, bürokratische Präzision soll darüber hinwegtäuschen, dass die Frage, wovon ein Land leben soll, wie seine Bürger ihren täglichen Strombedarf und ihre täglichen Wege bewältigen sollen, damit gar nicht beantwortet wird.

Diese Frage kommt nicht vor. Sie hat vor den angeblichen „höheren“ Weltfragen ihr Recht verloren. An diesem Punkt wird die Politik ideologisch. Verantwortung wird durch Gesinnung ersetzt. Und so kann eine Demontagepolitik, die immer nur sagt, was nicht geht (was „unerträglich“ ist und was „nicht sein darf“) sich ausbreiten.

Die diskrete Diktatur der Grenzwerte (II) – Diese Politik ist im Ergebnis diktatorisch und das wird jetzt deutlich. Es ist im Laufe des Jahres 2018 immer deutlicher geworden und das Jahr 2019 wird das noch stärker offenbaren. Am Ende stehen Fahrverbote. Die bürokratisch-kalten Grenzwert-Ziffern werden, nicht zuletzt mit Hilfe einer gegenüber den Folgen „blinden“ Grenzwert-Justiz, exekutiert – auch wenn Familien darüber zerbrechen.

Auch wenn sie ihre Wohnstandorte, in die sie viel investiert haben und die für sie Heimat sind, aufgeben müssen. Auch wenn die Arbeitswege für Handwerker oder Gesundheitsdienste nicht mehr zu bewältigen sind.

Kalt abgewickelt (I) – Wenn Menschen auf unendlichen Wegen zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf, zum Arzt, zum Sport am Ende ihrer Kräfte sind, wenn sie mit immer neuen Ausfällen, Umsteigezwängen und Anschlussproblemen konfrontiert sind, wenn sie in überfüllten Bahnen, auf kalten Bahnsteigen, mit schweren Taschen, Kinderwagen oder Getränkekisten nur mit äußerster Anstrengung die Wege meistern, dann zuckt die Grenzwert-Politik nur mit den Achseln: „So ist halt die Rechtslage“, „Das ist ein wissenschaftlicher Wert“, „Da können wir nichts machen“.

Kalt abgewickelt (II) – Die neue Industriedemontage dekretiert nur in den seltensten Fällen direkte die Schließung von Betrieben und Anlagen. Sie ist keine Demontage, wie wir sie aus Kriegs- und Nachkriegszeiten kennen, bei der ganze Anlagen abgerissen und weggeschleppt wurden. Nein, die heutige Demontage der Industrienation Deutschland kommt durch die Hintertür:

Die Politik beschließt ihre „Grenzwerte“ und pocht nur auf unbedingter (nicht verhandelbarer) Geltung. Sollen doch die Unternehmen, Einrichtungen oder Haushalte sehen, wie sie damit klarkommen. Die Grenzwerte marschieren, und wenn die ganze Welt zugrunde geht. Auf den ersten Blick (vor allem bei der Beschlussfassung) sehen dieser Grenzwerte immer klein, harmlos und sogar „menschenfreundlich“ aus. So ein Grenzwert ist doch gut gemeint, soll sich die Öffentlichkeit denken.

Und da er ein einzelner, kleiner Parameter ist, denkt man leicht, dass es in einem großen Betrieb doch leichtfallen müsste, eine Lösung zu finden. Dass Spielräume für Anpassungen geben müsste, um ein solches „Detail“ zu verarbeiten. In Wirklichkeit gibt es Grenzwerte, die die gesamte Produktion und Wertschöpfung einer Branche aushebeln können. Das ist jetzt im Verkehrs- und Energiebereich bei bestimmten pauschalen Umwelt-Grenzwerten (bezogen auf die Grundelemente Luft, Wasser, Boden) der Fall.

Die gefährliche Pauschalität der Umwelt-Grenzwerte – Gerade dort, wo sich Grenzwerte auf die universellen Grundelemente Luft, Wasser, Boden beziehen und eine bestimmte „Umweltgüte“ vorschreiben, können sie – bei willkürlicher Ansetzung – eine verheerende Wirkung haben. Durch scheinbar „kleine“ Regelungen können ganze Industriezweige zugrundegerichtet werden.

Der Begriff „saubere Luft“ ist für das wirkliche Leben und Arbeiten viel zu vage, aber „sauber“ ist zugleich ein absolut wertender Begriff – der die Dinge nach einem Schwarz-Weiß-Schema (sauber-schmutzig) unterteilt. Im Namen von solchen apodiktischen Wertungen kann ein gründlicheres Zerstörungswerk verrichtet werden als es mancher Krieg und manche totalitäre Planwirtschaft geschafft haben.

Die Diesel-Kampagne als Lehrstück – Dies Vernichtungswerk können die Grenzwert-Setzer dann noch „der Industrie“ (vorzugsweise den Großkonzernen) in die Schuhe schieben. So geschah es bei der Kampagne gegen die angebliche „Betrügerei der Automobilkonzerne“ – unter eifriger Beteiligung der Bundeskanzlerin.

Die Kampagne mobilisierte das Vorurteil, dass es für die Konzerne eigentlich ein Leichtes gewesen wäre, die Dieselgrenzwerte zu erfüllen, und dass sie dies willentlich um eines Extraprofits willen umgangen hätten. In Wirklichkeit waren die Grenzwerte so einschneidend, dass eine Einhaltung zu marktfähigen Kosten mehr als fraglich war. Den Konzernen ist vorzuhalten, dass sie das nicht offen gesagt haben und offen in einen Kampf um vernünftige Grenzwerte eingetreten sind.

Dieser Opportunismus ist nach hinten losgegangen. Und nun zeigt sich, dass eine offene Auseinandersetzung um vernünftige Grenzwerte unvermeidlich ist und die Industrie ihre Existenz verspielen kann, wenn sie sich dieser (politischen) Auseinandersetzung nicht stellt.

Und nun die Stilllegung aller Kohlekraftwerke – Die Autokrise ist im vollen Gange, da wird schon das nächste große Demontage-Unternehmen beschlossen: die Stilllegung aller Kohlekraftwerke. Wenn man die gesamte Energiepolitik des letzten Jahrzehnts zusammenfasst (also die Stilllegung der Kernkraftwerke mit einbezieht), wird damit praktisch der gesamte Park von Großkraftwerken demontiert.

Also jener Park, der vor allem die kontinuierlich Grundlast-Stromversorgung Deutschlands sicherstellte. Ein vergleichbar stabile, von den Wechselfällen des Wetters und der internationalen Energiemärkte Grundlast-Technologie steht nicht zur Verfügung. Die wohlklingend als „erneuerbar“ bezeichneten Energiequellen bieten diese Stabilität nicht.

Das Kuriose, ja, Irrwitzige dieser Demontage erfolgte mit zwei völlig gegenläufigen Begründungen: Der Stilllegungsbeschluss für die deutschen Kernkraftwerke erfolgte unter dem Eindruck des Fukushima-Unfalls in Japan, man übertrug die Erdbeben-Gefahr auf Deutschland. Damit nahm man in Kauf, dass die Kraftwerke mit der besten CO2-Bilanz (das sind die Kernkraftwerke) wegfielen.

So ernst war das Klimaproblem für die Regierenden also gar nicht. Nun, zehn Jahre später, erklärt man auf einmal den Klimawandel zur Hauptgefahr. Man macht ihn zu einem Verhängnis der Menschheit, von dessen Abwehr angeblich die Bewohnbarkeit des Planeten abhängt. Man hat die gesamten unter den großen Schatten dieser Drohkulisse gestellt und tut so, als müsse man im Notstands-Modus regieren

Was läge da näher, als sofort den Atomausstiegs-Beschluss zu revidieren? Das wäre der Prüfstein, ob es hier wirklich einen Ernst in der Sache gibt. Doch nichts liegt der herrschenden Energiepolitik ferner. Das zeigt, dass hier in Wirklichkeit ein ganz anderer normativer Maßstab verfolgt wird.

Das Ressentiment gegen die Großkraftwerke (I) – Der gemeinsame Nenner, der die beiden Stilllegungsbeschlüsse – Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke – verbindet, ist das „Kraftwerk“. Beide Beschlüsse richten sich gegen die Produktion in industriellen Großkraftwerken. Dass die jeweiligen (hochentwickelten) Technologien völlig unterschiedlich sind, interessiert nicht – der Vorbehalt, der hier zur Demontage führt, richtet sich gegen die „Größe“ der Maschinerie, die solche Kraftwerke darstellen.

Das Ressentiment gegen die Großkraftwerke (II) – Dahinter stehen ein fundamental industriefeindliches Weltbild und ein normativer Anspruch, der in der Sache nie wirklich begründet wird: der Anspruch, dass die Gewinnung von Energie „naturnah“ erfolgen muss, um nachhaltig zu sein. Die Künstlichkeit der „großen Maschine“, die im Energiesektor entstanden ist, soll ihr Sündenfall sein.

Diese Künstlichkeit wird gleichgesetzt mit Instabilität. Stabil kann nur das Naturnahe (und das Naturähnliche) sein, lautet – ausgesprochen oder unausgesprochen – die These. Die Begründung dieser These ist ideologisch: Sie geht von einer Natur aus, die von sich aus stabil ist, von einer präetablierten Naturharmonie.

Das Ressentiment gegen die Großkraftwerke (III) – Doch dieser fromme Glaube wird von der Realität der regenerativen Energien in Deutschland täglich widerlegt: Hier ist eine bizarre Großapparatur aus unzähligen Anlagen und Leitungen, breit verteilt in der Landschaft, entstanden.

Mit täglich neuen Energieströmen, die aufwendig koordiniert und so aus einem Wirrwarr in etwas Nutzbares verwandelt werden müssen. Ein System also, das sehr störungsanfällig ist und für die Stromerzeuger und -verbraucher eher einem Labyrinth gleicht als einem geordneten Betrieb.

ine Diktatur auf Raten – Dies alles wird mit absoluter Gewissheit verkündet. Es soll als wahre „wissenschaftliche“ Politik gelten und unrevidierbar sein. Über Deutschland liegt wie ein großer Schatten „der Klimawandel“. Er bildet die eigentlich politische Autorität im Lande. Ohne ihn zu berücksichtigen, darf niemand regieren. Und das gilt nicht nur für eine Legislaturperiode.

Nein, wir bewegen uns längst außerhalb einer verfassungsmäßigen Ordnung, die bekanntlich nur Macht auf Zeit zulässt. Jetzt steht da eine andere Zahl: das Jahr 2038. Bis dahin sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Bis ins Jahr 2038 sollen das politische Leben in Deutschland also heute schon festgelegt sein. Für diesen Zeitraum (und bis vollendete Tatsachen geschaffen sind) gilt die Demokratie nur eingeschränkt.

In dieser zeitlichen Streckung steckt auch Heimtücke. Die Demontage fängt langsam an. „Ihr habt Zeit“ sagen die Regierenden, aber die Richtung liegt fest. Es darf noch über das „wie“ der Demontage diskutiert werden, die Verwaltungs-Frage der Umsetzung soll die politische Frage nach Ausstieg oder nicht ersticken.

Der Gewinn dieses 20-Jahres-Plans ist klar: Über die ganze Wegstrecke ist die Regierungsmacht alternativlos. Die Bürger werden mit kleinen Schritten und Geld beschäftigt und hingehalten. Das kann man eine Diktatur auf Raten nennen.

Ein Treppenwitz – Ausgerechnet diese Regierenden erklären jeden Tag, sie stünden in einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen liberaler und autoritärer Politik! Und sie stünden dort selbstverständlich auf Seiten der Freiheit!

Mein Kommentar hierzu:

Was sich seit Jahren durch politische Entscheidungen und blindem Aktionismus zu Lasten unserer Wirtschaft und unseres Industriestandortes abspielt, ist kaum noch zu überbieten.

Klaus Horst Krömmelbein

02.02.2019

5 von 5

Das CDU-geführte Hessen macht mit notenfreier Schule grüne Politik

VON JOSEF KRAUS

Do, 31. Januar 2019

Schule ohne Noten - die CDU in Hessen schwenkt auf die grüne Schulpolitik ein.

Bis zu 150 hessische Schulen dürfen künftig auf Noten verzichten. Der „grüne“ Koalitionspartner der CDU will das so. Und die CDU-Spitze macht diese ewig-morgige Politik mehr oder weniger willig mit.

Das unionsgeführte Hessen setzt damit die bundesweite Ergrünung der CDU auch schulpolitisch fort. Im Koalitionsvertrag von CDU/Grünen ist das Vorhaben zwar etwas

1 von 3

kryptisch formuliert. Dort ist die Rede von „pädagogisch neuen Wegen bei der Erreichung der Bildungsziele“. Außerdem sollen künftig „Abweichungen bei der Unterrichtsorganisation und -gestaltung“ möglich sein. Man ist versucht zu sagen: Basisdemokratische Schule eben, jeder macht, was er will.

Und auch bei der „Ausgestaltung der Leistungsnachweise“ soll es Freiheiten geben. Künftig können Schulen „Rückmeldungen über den Lernfortschritt und den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in Form einer schriftlichen Bewertung geben“.

Nichts dazu gelernt, liebe progressive „Bildungs“-Politiker! Denn jahrzehntelange „Forschung“ hat notenfreien Schulen keinerlei Vorteile beschert. Das einzige „Gute“ an solcher Forschung war, dass sich damit „Erziehungswissenschaftler“ zuhauf theoretisch profilieren konnten. Tausende an Abhandlungen, vielerlei Modellversuche und eine unüberschaubare Zahl an Pilotprojekten einer ziffernfreien Leistungsbewertung wurden produziert.

Aber die für einen Laien in schier undurchdringbarem Fachchinesisch geführte Diskussion um „Rasterzeugnisse“, „Bausteinzeugnisse“, „Berichtszeugnisse“, „Briefzeugnisse“, „Zeugnisbriefe“, „schülerbezogene Bezugsnormen“, „kriteriumsorientierte Leistungstests“, „zuwachsorientierte Leistungsmessung“, „Skalenniveaus“, „relative Notengebung“, „informelle Messverfahren“, „intraindividuelle und interindividuelle Bezugsnormen“ – diese Diskussion konnte nicht verbergen, dass all dies Zeugnisattrappen sind

Mit anderen Worten: Wortzeugnisse können Ziffernzeugnisse nicht ersetzen, allenfalls ergänzen. Und das geschieht ja auch. Ein reines Wortzeugnis birgt ansonsten eine Menge an Risiken in sich: Nicht selten sind es „schöne“ Zeugnisse, die, weil die Lehrer die Wahrheit nicht schreiben wollen, nichts aussagen.

Oft befleißigen sie sich einer Semantik, die kein Elternpaar, geschweige denn ein Schüler versteht. Häufig sind sie so verklausuliert, dass Eltern ohnehin nachfragen, welcher Ziffernnote das Worturteil denn nun entspricht. Bisweilen sind diese Wortzeugnisse wegen des enormen Formulierungsaufwandes gebrauchsfreundlich und floskelhaft mit dem PC produziert.

Die vielfach proklamierten Alternativen zu Ziffernnoten sind also keine echten Alternativen. Im Übrigen hat das Gros der Schüler und Eltern keinerlei Probleme mit Schulnoten. Und selbst Schüler mit schwächeren Leistungen zeigen ihre Noten oft genug wie Trophäen herum.

Auch sehen die allermeisten Eltern in Noten ganz nüchtern nichts anderes als eine transparente Bilanz dessen, was der eigene Sprössling gerade geleistet oder eben nicht geleistet hat. Vor allem sollte man nicht vergessen: Jede einzelne Schulnote ist nicht nur blanke Ziffer, sondern dahinter stecken oft genug endlos viele Korrekturzeichen und viele Verbesserungsvorschläge, so dass daran der individuelle Förder- und Nachholbedarf erkennbar wird.

Nur werden aus solchen Orientierungshilfen seitens der Schüler und deren Eltern nicht immer Konsequenzen gezogen. Denn eigentlich dürfte es keinen Vater und keine Mutter überraschen, was im Jahreszeugnis der Töchter und Söhne steht. Man müsste nur

ehrlich sein, sich kontinuierlich um die Schullaufbahn des eigenen Nachwuchses kümmern und an seiner Leistungsentwicklung Anteil nehmen.

Ansonsten entfalten Noten eine durchaus motivierende Wirkung: Erfolgreiches Arbeiten wird damit im Sinne eines „Weiter so!“ bestärkt. Schwächere Schulnoten sind demgegenüber eine mehr oder weniger massive, oft auch notwendige Aufforderung an alle Beteiligten, über die zukünftig richtige Schullaufbahn und über zukünftiges Lern- und Arbeitsverhalten nachzudenken.

Insgesamt jedenfalls gilt: Schule kann keine Schule ohne eindeutige – natürlich ehrliche und gerechte! – Leistungsbilanzen sein, sonst wäre sie kaum mehr als ein Ponyhof, sonst befände sie sich einem Elfenbeinturm – und das inmitten einer vielfach beschworenen Leistungsgesellschaft.

Mein Kommentar hierzu:

Unser längst veraltetes, ziemlich heterogenes Bildungssystem unter der Kontrolle der Bundesländer produziert unter anderem folgendes:

-- zahlreiche Abiturienten, die für ein anschließendes Studium jedenfalls nicht geeignet sind, wechseln frustriert das Fach - gelegentlich sogar mehrfach - und suchen nach einfachen Wegen im Studium (Stichwort: "Schwarzfächer) und müssen sich später mit weniger qualifizierten Tätigkeiten und weniger Gehalt zufrieden geben, --zahlreiche Hauptschulabgänger, ohne- oder mit Ach und Krach einem Hauptschulabschluss, wobei die "erworbene Qualifikation" häufig nicht ausreicht, einen qualifizierten Abschluss innerhalb eines anerkannten Lehrberufes zu erreichen.

Die Folge ist Enttäuschung und Frust, kaum eine Tätigkeit mit auskömmlicher Bezahlung und sozialer Absturz.

Das Bildungssystem leistet damit nicht:

-- genügend geeignete Studenten für eine qualifizierte Ausbildung innerhalb der MINT-Fächer auszubilden, denn Deutschland ist immer noch einer der führenden Industrienationen in der Welt, -- genügend Schüler mit einem qualifizierten Hauptschul- oder Realschulabschluss auszubilden, die anschließend eine erfolgreiche Fachausbildung innerhalb der zahlreichen Ausbildungsberufe abschließen können, um später als Fachkraft, Facharbeiter oder Meister (inklusive Chance zur Selbstständigkeit) erfolgreich tätig zu werden und über ein entsprechendes Einkommen verfügen zu können.

Klaus Horst Krömmelbein

02.02.2019

3 von 3

LINKER MORDAUFRUF

Mordaufruf: Anleitung für Attentate auf AfD- Abgeordnete bei indymedia

VON REDAKTION

Do, 31. Januar 2019

Es klingt wie ein pubertärer Scherz, ist aber blutiger Ernst: Auf der linken Internet-Seite "Indymedia" kursieren detaillierte Anleitungen zum Mord an führenden AfD-Politikern.

TE liegen Screenshots von einer verschlüsselten Seite der linksradikalen Plattform indymedia.org vor, wo zu Attentaten auf Abgeordnete der AfD aufgerufen wird

Dort wird dezidiert aufgeführt, wie so ein Attentat im Detail abzulaufen hat, welche Waffen dafür benutzt werden sollen und wie strategisch vorzugehen ist.

Wörtlich heißt es da, *„Handreichung für Attentate gegen die AfD Schweine im Wahlkampf“*. Diese „Handreichung“ wurde am 30.01.2019 dort hochgeladen unter dem Absender *„Antideutsche Antifa Untergrund“*.

Auf der Seite werden die dort zugangsberechtigten Linksextremisten aufgefordert, sich Waffen zu besorgen in *„Norwegen, Finnland, Polen, Tschechien, Frankreich, Österreich“*. Am besten geeignet seien für solche Attentate *„Schusswaffen aus polymer-Komposit Ideal ist die Glock 20 Kaliber 10“*. Weitere Details über die notwendige Beschaffenheit der Waffen folgen, die so gestaltet sind, dass die polizeiliche Verfolgung erschwert wird. Zielpersonen sind laut Aufruf im verschlüsselten Bereich der Seite, die nur Aktivisten mit Zugangscode angezeigt wird,

„von Storch, Weidel, Gauland, Meuthen“, aber an erster Stelle stehe Björn Höcke. Auch unbekannte AfD Kandidaten seien *„bewegliche Ziele“*. Die User der Seite werden aufgefordert, sich über AfD-Termine zu informieren, Und weiter: *„Studiert die Orte, Route Wege analog mittels Kartenmaterial.“*

Die Attentäter sollen sich in Gruppen aufteilen, im Kern müssten *„zwei bewaffnete Operator“* stehen. Ideal wären hier *„Frauen ohne Migrationshintergrund“*.

Personenschützer würden solchen Frauen weniger Beachtung schenken. Die Schuhe der Attentäter sollten zum Rennen geeignet sein.

Um diese beiden Operators müssten so genannte Spotter aufgebaut werden, also weitere Personen mit der Aufgabe, die Umgebung zu sichern. Außerdem sollen die Personenschützer von diesen Personen außerhalb des eigentlichen Geschehens mittels explodierenden Böllern abgelenkt werden.

Der bewaffnete Operator habe sich unscheinbar in der AfD-Veranstaltung zu bewegen. *„Die Atmung und Bewegungen bleiben ruhig, zeigen entspannte und freundliche Gesichtszüge.“*

Dann gilt es das Attentat vorzunehmen: *„Genau in dem Moment müssen die beiden Operator nur die Zielperson im Auge haben. Langsam die Waffe ziehen und die Waffen aus unterschiedlichen Positionen Double tap auf den Kopf des Ziels in Schockstarre abfeuern.“*

Weiter wird nach einer erfolgreichen Flucht eine Anleitung abgegeben zur Vernichtung der Kleidung und des Fahrzeuges.

„Im Anschluss kümmert sich jeder alleine und eigenverantwortlich um seinen Zustand. Frisches Obst essen zum Beispiel.“

Was genau ist das nun? Nur ein krimineller pubertärer Streich oder doch ein Fall mit allerhöchster Priorität für die Verfolgungsbehörden? Sicher ist, diese Seite existiert. Und noch kann niemand mit Sicherheit sagen, wer der Urheber ist, wer hier im Einzelnen angesprochen wurde und wer diese Handreichung zum Mord als Auftrag versteht.

Mein Kommentar hierzu:

Wie weit ist es inzwischen in unserer Gesellschaft gekommen und was muss eigentlich noch passieren, bis die linksmotivierte Gewalt endlich ernst genommen wird? Hierzu gab es vor wenigen Tagen in arte eine bemerkenswerte Dokumentation (ca. 1,5 Stunden) unter dem Titel: „Linke Gewalt“.

Hierbei wurde nachgewiesen, dass die linksmotivierte Gewalt gegen Personen und Sachen inzwischen doppelt so häufig vorkommt, wie Gewalt von rechter Seite!

Klaus Horst Krömmelbein

02.02.2019

2 von 2

WAS MÖGLICH IST

Die Story im Ersten: Sebastian Kurz als Heldengeschichte

VON ALEXANDER WALLASCH

Di, 29. Januar 2019

Die mit viel Vorgetrommel auf ARD ausgestrahlte Dokumentation „Auf schmalem Grat – Der riskante Politikurs des Sebastian Kurz“ liefert nicht, was der Titel sagt, sondern eine Eloge auf den jungen Kanzler.

„Du stehst bei mir auf der schwarzen Liste, du wandelst auf dünnem Eis, bewegst dich auf schmalem Grat“, so oder ähnlich könnte das verbale Drohszenario von Eltern lauten, die ihre aufsässigen Sprösslinge mit dem Dududu-Finger zur Raison bringen wollen.

Als Überschrift und also Leitfaden für eine Reportage über Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz ist es allerdings denkbar ungeeignet, wenn die mit viel Vorgetrommel auf ARD ausgestrahlte Dokumentation „Auf schmalem Grat – Der riskante Politikurs des Sebastian Kurz“ einfach nicht liefern will oder kann.

Oder wie es der Wiener Kurier ausdrückt: [„Der Titel hält nicht ganz, was er verspricht. Denn trotz gehörigen Aufwands \(die deutschen Journalisten begleiteten Kurz über mehrere Monate\) überwiegt in der analytischen Beobachtung über weite Strecken eines: pure Faszination.“](#)

1 von 4

Was nach 45 Minuten hängen bleibt, ist Folgendes: Sebastian Kurz der Freund Israels, Kurz der Reformer, Kurz der fleißige Arbeiter, der Brückenbauer, der Kanzler, der den Nachbarn sicherlich noch ein paar Legislaturen lang erhalten bleibt. Zum Wohle Österreichs. Und na ja, gerne auch auf einem schmalen Grat, wenn es doch bloß der Sache dient.

GELUNGENER AUFTAKT

[Sebastian Kurz unter den Augen von Maria Theresia](#)

Abgehoben wird hier auf die Regierungszusammenarbeit des Kanzlers der ÖVP mit der FPÖ und ihrem Parteichef Heinz-Christian Strache. Nun schafft es die Dokumentation von Michael Mandlik, er ist der Mann für die Öffentlich-Rechtlichen (ARD) in Wien, allerdings keinen Meter Film lang, seinem Titel gerecht zu werden, also diese Zusammenarbeit zu einem Desaster, zu einer Liaison des Bundeskanzlers mit bösen Rechtspopulisten hochzudrehen.

Nein, es will einfach nicht klappen, wenn die deutsche Kamera Sebastian Kurz bis ins Allerheiligste folgen darf, beispielsweise mit dabei sein darf, wenn der charismatische junge Staatslenker im Morgengrauen sein Bundeskanzleramt in direkter Nachbarschaft zur Wiener Hofburg, der ehemaligen Winterresidenz der Kaiser von Österreich, betritt und diese schon arg ranzig wirkenden Gänge und Flure so früh am Tage zu leuchten beginnen, einfach, weil sie über diesen jungen Mann auf einmal zu etwas nutze scheinen.

Ja, so pathetisch kommt „Die Story im Ersten“ tatsächlich daher: Du glückliches Österreich.

Und wenn dann doch öffentlich-rechtlich pflichtschuldig der Versuch unternommen wird, Verfehlungen des Koalitionspartners aufzuarbeiten, dann sind es immer wieder eingblendete gemeinsame Auftritte von Kurz und Strache, die in ihrer Harmonie so beruhigend wirken können, wie ein Sedativum. Mehr:

Der Film könnte auch bei vielen konservativen deutschen Zuschauern den Eindruck hinterlassen, dass die AfD im eigenen Lande, wäre sie nur etwas sanftmütiger und weniger böse ausgefranst an den Rändern, bald dem Vorbild des Nachbarn folgen könnte, wenn nur die ewige Kanzlerin des eigenen Landes endlich abdanken und sich dieser zähe Merkel-Nebel über Deutschland verziehen würde.

GELUNGEN

[100 Tage Bundeskanzler Sebastian Kurz](#)

Ob nun Widerwillen oder weil es ein von Sebastian Kurz überzuckerter Studioleiter der ARD in Wien so wollte oder schlicht, weil er es sich mit dem Kanzler nicht verscherzen wollte, diese Reportage schafft noch etwas Beachtliches:

Die intime Nähe zu Sebastian Kurz nimmt ihm das Image des Überfliegers, nimmt ihm den letzten Rest von jugendlicher Flatterhaftigkeit, wenn sie Kurz als Arbeiter inszeniert, als einen, der gewillt ist, für sein Land anzupacken und noch mehr für die Bürger in

diesem Land. Sebastian Kurz im Gespräch mit den ganz großen Gesichtern auf der Weltbühne. Aber nicht als Junior-Partner, sondern immer öfter auf Augenhöhe.

Doch, es ist geradezu peinlich, wenn der Film gnadenlos und gefühlt minutenlang drauf bleibt, wenn der heutige deutsche Bundespräsident Steinmeier mit feixendem Grinsen eine Rede von Sebastian Kurz begleitet. Ein anhaltender Fremdschämment. Und es spiegelt wie nebenbei auch diese Überheblichkeit des großen Nachbarn Deutschland wieder, die in Österreich noch nie besonders gut angekommen ist.

Schnell auch kommt der Zuschauer auf die Idee, Kurz mit Macron zu vergleichen. Beide gelangten mit einer modernen Bewegung an die Macht, beide sind in hohem Maße Internet-affin, aber wo der Franzose heute im Schatten der Gelbwesten arg mit seinen schon lahmen Flügeln rudern muss, wachsen die Popularitätswerte des gut aussehenden Österreicherers kontinuierlich mit seiner Amtszeit.

Eine anrührende Szene, wie Kurz in Israel mit einer Holocaust-Überlebenden ins Gespräch geht und die ihn anschließend an die Hand nimmt und ihm vor laufender Kamera erklärt, er sei doch ein Hübscher. Herzlich die alte Dame, überaus menschlich die roten Wangen des Kanzlers.

MORAWIECKI, MERKEL, GRABAR-KITAROVIĆ, CASSIS

UN-Migrationspakt: Kurz antwortet van der Bellen

Wenn Kurz dann Linie fliegt zurück nach Österreich, wenn Selfies mit Landsleuten gemacht werden, wenn das deutsche Kamerateam auch hier ganz nah dran sein darf, dann könnte man diese Bürgernähe auch Taktik oder Strategie nennen, also dann, würde ein Macron oder ein beliebiger anderer Staatsmann so agieren.

Aber Kurz wirkt auch hier überzeugend authentisch, wirkt dann irgendwann nach einer halben Stunde ARD-Reportage zusätzlich noch so, als wäre er Familienmitglied der Windsors, ohne dass wir hier despektierlich an Attribute erinnern wollen, die Kurz mit Prinz Charles teilt, wenn diese ARD-Hofberichterstattung immer noch ein Stückweit näher herangeht.

Weit gefehlt übrigens die Annahme, dieser Kanzler wäre nur ein begnadeter Selbstdarsteller, auch diesen Zahn zieht die Reportage, wenn Sebastian Kurz Raum genug bekommt, klar zu stellen, was er erreicht hat, wenn ihm auch der politische Gegner bescheinigen muss, dass seine familienfreundliche Politik beispielsweise Kinderreichen nennenswert bares Geld spart und österreichische Familien spürbar entlastet. Hier geht es pro Kind um satte 1.500 Euro im Jahr.

Die Demonstrationen gegen Kurz und Strache, in Österreich marschieren sie nicht montags, sondern donnerstags, werden natürlich auch gezeigt. Chaotische Bilder von der Amtseinführung, aber spätestens wenn einzelne Protagonisten der Demos zu Wort kommen, aber dann so um Worte ringen, was eigentlich so falsch wäre an Kurz, dann zahlt das auf jenen Kanzler ein, der auch in Sachen Zuwanderung kein Blatt vor den Mund nimmt, der deutlich macht, dass die österreichische Ablehnung des Migrations- und Flüchtlingspaktes kein Entgegenkommen an den Koalitionspartner war, sondern eine gemeinsam getragene Haltung, welche die Bürger mit Wohlwollen belohnt haben, wenn auch Partei von Sebastian Kurz in den Umfragen erheblich vom Kanzlerbonus profitiert.

Mein Kommentar hierzu:

Ein junger, unverbrauchter, rational- und souverän handelnder Bundeskanzler!

Klaus Horst Krömmelbein

02.02.2019

4 von 4